

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 35 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
29. Oktober 1915

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Clara Jettin (Zunbet), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Die größere Gefahr. Von J. Bistner. — Die Lage der Textilarbeiter.
Von Hermann Hädel. — Die Fortführung der Mutterschafts-
sorge. Von Fr. Kleis.
Aus der Bewegung: Dank. — Der „Zentralwahlverein“ für Teltow-
Beeskow-Storkow-Charlottenburg. — Die Bezirksleitung Berlin-
Oberschöneweide. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Erfolgreiche
Lohnbewegung organisierter Zigarettenarbeiterinnen in Genf. —
Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Notizen: — Für den Frieden. — Sozialistische
Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Die Frau
in öffentlichen Ämtern.

Die größere Gefahr.*

I.

Ein Jahr Weltkrieg — welche Unsumme von Elend und Not, Gram und Sorge drückt sich in diesen Worten aus. Und doch sind die gewiß unersetzlichen Verluste an Menschenleben und unmittelbarer Volksgeundheit, die zerstörten Güter und die Minderung des Volksvermögens bei weitem noch nicht das Schlimmste. Die lange Dauer des Krieges schafft noch größere Gefahren. Nicht nur, daß jeder weitere Kriegsmonat die Summe all der genannten Kriegsfolgen mehrt, er schafft neue und sehr schwerwiegende. Ich will damit beginnen, was ich beobachtet habe im Kriegsgebiet, im Etappenraum und im Hinterland. Man braucht nur für einige Wochen sich aus dem Kriegs- und Etappenraum zu entfernen, um dann bei der Rückkehr sofort den grundlegenden Wandel in fast allen moralischen Anschauungen wahrzunehmen. Eine beispiellose Gier nach Erwerb, verbunden mit vollständiger Skrupellosigkeit fällt sofort auf. Nicht nur, daß jedes Mittel gut genug ist, wenn es nur zum Erwerb führt, man schämt sich dieser Mittel auch nicht. Die Bevölkerung verliert das Empfinden dafür, daß diese Mittel unanständig sind. Vielerlei hat da zusammengewirkt. Vor allem die Sorge für die Zukunft. Wer da nicht weiß, wie lange diese Ungewißheit dauert und ob er später genug zum Leben hat, und wer sein bißchen Hab und Gut täglich der Gefahr der Vernichtung ausgesetzt sieht, der will bares Geld haben, um jeden Preis bares Geld. Ein anderes Moment ist die leichte Möglichkeit, Geld zu erhalten. Soldaten und insbesondere Offiziere rechnen nicht so sorgsam. Sie nehmen alles und zahlen, wieviel man verlangt. Es ist diese Erscheinung nicht zu verwechseln mit den Methoden der großen Militärlieferanten. Es gibt wohl solche, die durch Lieferung schlechter Ware ihr Geschäft zu machen suchen, aber zumeist heimsen diese Prozentpatrioten ihre Gewinne durch die gewohnten kapitalistischen Methoden ein, während wir es hier mit einem Wandel der Moral großer Massen zu tun haben.

Bis weit ins Land hinein reicht die Wandlung der sexuellen Moral. Die Ursachen liegen klar zutage. Mann und Frau werden für viele Monate auseinandergerissen. Die Männer sehen den Tod vor sich und denken oft, wer weiß, was der nächste Tag bringen wird, ich will den heutigen nützen. Dazu

* Aus der „Neuen Zeit“ Nr. 25, 1915.

auf beiden Seiten das normale Geschlechtsbedürfnis. Ist es im Hinterland, sehen sich Dörfer plötzlich in Militärlager verwandelt. Jedes Haus hat seine Einquartierung. Wo Trieb und Gelegenheit da ist, versagt die Treue leicht. Und war es heute der, warum nicht morgen jener? Im Etappenraum und Kriegsgebiet kommt dazu noch das rohere Verben des Mannes. Ich glaube nicht an die vielen Märchen von Vergewaltigungen, ich habe fast die ganze Zeit im Operationsgebiet gelebt und gefunden, daß die meisten Verichte darüber Phantasiegebilde sind. Wahr ist aber, daß das ungestüme und gewalttätige Verben des Mannes den Widerstand des Weibes nicht recht aufkommen läßt. Zu alledem kommt natürlich noch das Geld. Aber auch hier ist wieder das Entscheidende nicht, daß diese Geschlechtsvermischung geschieht, sondern daß sie ohne Scham geschieht. Auch hier eine Wandlung der Moral infolge der langen Dauer des Krieges, die gewiß nicht einfach mit dem Kriege verschwinden wird. Wenn nun auch die Geschäfts- und Geschlechtsmoral der bürgerlichen Gesellschaft schwere Mängel hat und die Moral der Massen nicht gleich gewertet werden kann, was jetzt geschieht, ist vor allem Massenerscheinung und eine Wandlung zum Schlechteren. Es bricht nicht nur die bürgerliche Moral zusammen, auch all die Keime einer höheren Sittenordnung werden unterdrückt.

Das sind Beobachtungen. Aber kann es denn außerdem bestritten werden, wenn wir es auch noch nicht vor uns sehen, daß all die Menschen, die Tag um Tag Blut vergießen, die sehen, daß der Mensch nur eine Biffer ist, und daß das Leben des Individuums nichts gilt — werden sie sämtlich auch sofort, wenn sie das feldgraue oder erdfarbene Gewand ablegen, wieder die frühere Haltung vor dem Menschenleben und die frühere Wertung des Individuums haben? Werden nicht vielmehr gar manche von ihnen, wenn sie sich in ihren Rechten verletzt glauben, auch daheim die brutale Gewalt als die Ultima ratio ansehen?

II.

Eine weitere Gefahr der langen Dauer des Krieges ist die doppelte Schädigung der Volksgeundheit. Nicht nur, daß so und so viele als Krüppel heimkehren, von jenen, die mit heilen Gliedern davonkommen, tragen doch auch viele schweren Schaden davon. Epileptiker infolge von Kopfschüssen, Herzleidende und Neurastheniker werden nicht nur den Gesundheitszustand der Gegenwart sehr ungünstig beeinflussen, sie werden Kinder in die Welt setzen, die ihrerseits gewiß nicht zu den Gesündesten zählen werden. Von der so großen Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten und ihren so argen Folgen für Frau und Kind ganz zu schweigen. Auch hier schafft jeder weitere Monat Krieg die Gefahr immer doppelt. Nicht nur, daß eben zwölf Monate Krieg zweimal so viele Kranke zeugen als sechs Monate, durch die lange Dauer des Krieges entstehen erst viele Krankheiten. Mancher hält es sechs Monate ohne erheblichen Schaden aus, aber nach zwölf wird er herzleidend, rheumatisch und neurasthenisch, und das Leiden wird mit jedem Kriegsmonat weiter immer schwerer heilbar. Die Gonorrhöe, die nach drei Monaten vielleicht noch zu heilen war, spottet

nach zwölfmonatiger Dauer vielleicht schon der ärztlichen Kunst. Also auch auf gesundheitlichem Gebiete schafft die lange Dauer des Krieges neue Schäden, wie sie alte vertiefte Schäden, die sich lange über den Krieg erhalten und sogar die nächste Generation ergreifen können.

Nicht genug damit, die Schädigung ist eine doppelte. Zwischen den Geschlechtern tritt eine Verschiebung ein, die Zahl der Frauen überwiegt. Es bleibt aber eine größere Anzahl von Frauen außerhalb des Geschlechtsverkehrs, wenigstens offiziell. Wie dem auch sei, im äußersten Falle leidet nur ihre Gesundheit, mit ihrem Tode verschwindet der Schaden. Aber die anderen? Daß infolge der Zunahme der Geschlechtskrankheiten die Frauen mittelbar ihr Kontingent zu den Kriegskrüppeln stellen werden, ist schon oben gesagt. Damit nicht genug. Am ärgsten hergenommen sind in allen Staaten die heiratsfähigen Männer. Sie haben das größte Kontingent zu den Kämpfern gestellt, sie stehen am längsten im Felde, sie haben die meisten Toten und Invaliden. Ein großer Prozentsatz von Frauen wird also ältere Männer heiraten. Man kann dies auch so ausdrücken: Bisher fand jede weibliche Altersschicht die ihr entsprechende männliche. Nunmehr werden die jüngeren weiblichen Jahrgänge in den gewohnten und passenden männlichen Jahrgängen nicht genug Gatten finden. Sie werden daher auf ältere Jahrgänge greifen und in der Konkurrenz mit den diesen entsprechenden weiblichen Altersschichten vermöge ihrer Jugend als Sieger hervorgehen. Die Altersdifferenzen zwischen Mann und Weib werden weit größer werden. Solche von 20 Jahren werden sehr häufig sein. Man darf sich natürlich die Sache nicht so vorstellen, als ob dieser Prozeß sich so bewußt und rechnerisch abspielen wird; die wenigsten machen ihn denkend und wollend mit, die allermeisten werden eben von den Verhältnissen geschoben und finden natürlich, was bisher nur Ausnahme war. Als Ausnahme mag die größte Altersdifferenz unter Eheleuten hingehen, als Regel wird eine Differenz von 20 Jahren gewiß zu Unstimmigkeiten führen, die nicht ohne Einfluß auf die Kinder sein können. Also wieder Schädigung der nächsten Generation.

Der Gegenstand ist damit noch lange nicht erschöpft, doch beweisen schon die Ausführungen, die im großen und ganzen für alle kriegsführenden Staaten gelten, wie dringend es wäre, daß der Weltkrieg bald sein Ende finde. Gewiß steht dieses Ende allerlei politische, strategische, auch technische und moralische Momente voraus, aber unzweifelhaft ist, daß, wenn der Krieg noch lange dauert, für Sieger und Besiegte es gar keine Vorteile und Errungenschaften gibt, die diese Nachteile und Opfer wettmachen könnten. J. Pfitner, Czernowitz.

Die Lage der Textilarbeiter.

Nahezu fünfzehn Monate steht nun die Textilarbeiterschaft unter den unheilvollen Wirkungen des Weltkrieges. Neben tausenden kleinen Besitzern textiler Werkstätten, die vor dem Nichts stehen, leiden zehntausende, ja hunderttausende Textilarbeiter und -proletarierinnen bittere Not. Wohl wurde für die Mehrzahl der Großunternehmer der Krieg zu einer reichlich fließenden Quelle des Profits. Die gesamte Leinenbranche, die Tuchwebereien der Schafwollbranche, Baumwollspinnereien und -webereien, Trikotagenfabrikanten usw. machten glänzende Geschäfte. Aber nicht wie in manchen anderen Industrien haben auch die Arbeiter durch abnorm hohe Lohneinkommen daran teilgenommen. Die Löhne der Textilarbeiter blieben fast durchgängig die alten, nur soweit überstiegen in größerer Zahl geleistet wurden, erhob sich der Wochenverdienst über das gewohnte Niveau. Immerhin konnten die Lebensverhältnisse im ersten Kriegsjahr noch erträglich scheinen. Die weitere Entwicklung mit ihrer Teuerung, ihren immer ungünstiger werdenden Erwerbsverhältnissen, den abnehmenden Verdienstmöglichkeiten und der zunehmenden Ar-

beitslosigkeit hat jedoch eine Notlage erzeugt, die alles in den letzten Jahrzehnten Dagewesene in den Schatten stellt. Ganz besonders fühlbar und von den unheilvollsten Wirkungen begleitet ist der Notstand dort, wo die Textilindustrie die fast einzige Industrie des Ortes oder Bezirkes ist und ihre Arbeiterschaft dicht zusammengedrängt wohnt. Diegen Orte, deren Einwohnerschaft vornehmlich von Textilarbeitern gebildet wird, in Bezirken, die noch zahlreiche große Zentren anderer Industrien — Eisenindustrie, Bergwerke, chemische Industrie usw. — in sich bergen, so ist mit der größeren und leichteren Möglichkeit des Arbeitswechsels auch die größere Möglichkeit einer Behebung der Notlage gegeben. Daraus folgt, daß in den mitteldeutschen Gebieten und in Schlesien die Situation am schwierigsten ist, ganz abgesehen davon, daß in diesen jahrhundertealten Textilbezirken die körperliche Beschaffenheit der Arbeiter ihre Verwendungsmöglichkeit in anderen Industrien stark beeinträchtigt.

Die niedrigsten Löhne sind in normalen Zeiten in der sächsischen Lausitz und in Schlesien anzutreffen. In letztgenannter Provinz zeichnet sich ganz besonders der Reichenbecker durch Hungerlohn der Arbeiter bei glänzenden Gewinnen der Unternehmer aus. Auch in dieser Kriegszeit erheben sich trotz bisher und für die nächste Zukunft gesicherter glänzender Beschäftigung die Löhne der schlesischen Leinenarbeiter nicht über das in Friedenszeiten übliche Hungermaß. So ist es erklärlich, daß bei guter Beschäftigung infolge der stark geminderten Kaufkraft des Geldes die Lage der dortigen Proletarier eine trostlose ist, und es ist bezeichnend für die Profitgier der Leinenindustriellen, daß in derselben Zeit, in der sie ihre hohen Gewinne aus dem ersten Kriegsjahr veröffentlichten — die Firma Methner & Frahn erzielte 1 645 597 Mk. reinen Gewinn gegen 627 729 Mk. im Vorjahr — ein bittendes Gesuch, der Arbeiter um eine Teuerungszulage abgelehnt wird. Es heißt also weiterschreien und weiterhungern bei 12 bis 13 Mk. Wochenverdienst.

In Rangenbielan, das wohl die höchsten Löhne im Eulengebirge hat, verdienen in Zeiten guten Geschäftsganges im Durchschnitt die verheirateten Männer 14 Mk. pro Woche, viele, wie die Färbereiarbeiter, kaum 10 Mk., Arbeiterinnen erwerben 9 bis 12 Mk., jugendliche Personen 7,20 Mk. pro Woche. Diese Löhne wurden von Unternehmerseite festgestellt. Heute ist die Arbeitswoche um zwei bis drei Tage eingeschränkt. Einige Fabrikanten ersetzen einen Teil des Verlustes. Trotz alledem braucht an der Hand solcher Zahlen eine Notlage nicht erst bewiesen zu werden.

In Gneiwald in Sachsen beträgt der Durchschnittslohn heute 6 bis 8 Mk., der Höchstlohn von 10 Mk. pro Woche wird nur von wenigen erreicht. Entschädigung von Unternehmern an die Arbeiter wird nicht gezahlt. Die Großschöner Frottiertweber verdienen 5 bis 11 Mk. pro Woche. Eine Anzahl Lohnzettel von Treiberinnen haben uns vorgelegen, welche 5 Mk. für zwei Wochen als Lohn vermerkten. Für Löhne stellten wir in einer Spinnerei folgende Wochenlöhne fest: In der Strickerei 4,50 bis 4,80 Mk., in der Fleherei 4,38 bis 6,32 Mk., in der Spinnerei 3,34 bis 7,92 Mk., in der Weiserei 3,40 bis 6,80 Mk., in der Kreuzspinnerei 4,20 bis 8 Mk., in der Doubletteei 2,80 bis 4 Mk. Die Ostfriesen Textilarbeiter verdienen jetzt bis zu 6 Mk. pro Woche. Sie ersuchten um einen Stundenlohn von 20 Pf. Die Firma lehnte ab. In Zittau stehen zwei Zuteilbetriebe still. Die anderen großen Webereien arbeiten drei Tage pro Woche. In Niederoberrhein verdienen die Weber bei einer Firma in zwei Wochen 16 bis 24 Mk., die Treiber 16 bis 18 Mk., bei einer anderen Firma 10 bis 20 Mk., resp. 11 bis 16 Mk.

So schlecht wie in diesen beiden alten Hungergebieten der Textilindustrie ist die Lage heute auch im übrigen Königreich Sachsen, in Neuz jüngerer und älterer Linie, in der rheinischen Tuchmetropole Aachen, in Oberfranken, Augsburg, im Allgäu und im Elsaß.

Die Stricker, Wirker, Sandschuhmacher der Chemnitzer Gegend und des Erzgebirges haben sich im Laufe der letzten

Jahrzehnte zu den besser bezahlten Textilarbeitern Deutschlands aufgeschwungen. Der Krieg brachte große Zweige dieser Branchen fast vollständig zum Stillstand. In Thalheim kann zum Beispiel seit Kriegsbeginn mit einer höchstens 30stündigen Arbeitswoche gerechnet werden; heute beträgt sie 18 bis 20 Stunden, und Hunderte Maschinen stehen still. Die Stoffhandschuhbranche Wittgensdorfs, Limbachs, Geringwaldes, Burgstädt arbeitet 2 Tage pro Woche. Die Lohnfabriken stehen still. Wie in den genannten Orten, so steht es in allen anderen Dörfern und Städten des Wirkergebiets aus. Von den 1106 Strumpfmaschinen in Zahnsdorf stehen 538 still, die anderen arbeiten 14 bis 30 Stunden pro Woche. Dazu gesellt sich tagelanges Aussetzen. Die Wirkerorts-Frankenliste Apolda hatte am 15. September noch 2381 männliche und 2073 weibliche Mitglieder gegen 5152 männliche und 4132 vor dem Kriege. Mit Ausnahme der Trikotagenfabriken arbeitet die ganze Chemnitzer Textilindustrie nur 2 bis 3 Tage wöchentlich bei sehr beschränkter Arbeiterzahl. In Crimmitschau sind von 2350 Webstühlen 1459 besetzt, in Elsterberg sind von 9 Großwebereien 4 ganz geschlossen. Gera und Weiden beherbergen eine Reihe seit Wochen geschlossener Betriebe. Organisierte Arbeiter nahmen in Reichenbach i. V. umfassende Erhebungen über die Lohneinkommen der Textilarbeiter vor. Es wurden bei einzelnen Arbeitern die Verdienstsommen von einer Anzahl Wochen addiert. Durch Division wurde ein Durchschnittswochenlohn ermittelt. Im einzelnen fanden wir Zeilkäufe von 5 Wochen, 6 Wochen, 3 Wochen, 4 Wochen, 3 Wochen, noch zweimal 4 Wochen, dreimal 11 Wochen usw. verzeichnet. Es wurden Durchschnittswochenlöhne festgestellt in Kammgarnspinnereien: 2,54 Mk., 5,65, 2,73, 2,55, 1,50, 2,30, 2,45, 18,70, 11,80, 10,50, 9,00, 4,55, 6,07, 8,00, 4,18, 7,32, 16,92, 8,50 Mk.; in Streichgarnspinnereien: 6,14 Mk., 13,00, 12,25, 9,85, 11,00 Mk.; in Kammgarnwebereien: 8,25 Mk., 15,30, 16,90, 14,35, 7,75, 10,55, 19 Mk.

Entsetzliche Not leidet die Arbeiterchaft in Hohenstein-Ernstthal. Die dortige Hausweberei steht still, viele Hunderte Arbeiter der Fabriken sind „vorläufig nach Hause geschickt“. Die Meldungen der Arbeitslosen auf dem Rathaus sind so zahlreich gewesen, daß einzelne an gewissen Tagen bis 4 Stunden warten mußten, ehe sie registriert werden konnten. Wenn die Weber abarbeiten, können sie gehen. Der Konsum der wichtigsten Nahrungsmittel geht zurück, Fleisch gibt es nicht mehr, der Sering, in der jetzigen Zeit eine Delikatesse, kostet 18 Pf. Die geschwundene Kaufkraft der Hohenstein-Ernstthaler Bevölkerung wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß von den Fleischkonserven im Werte von 50 000 Mark, welche die Stadtgemeinde vor vielen Monaten kaufte (pro Büchse 1,20 Mk.), noch immer für mehr als 30 000 Mk. unverkauft sind. Die Folgen der Unterernährung sind zunehmende Krankheits- und Todesfälle. Wie in den bisher bezeichneten Gebieten des Königreichs Sachsen und der thüringischen Staaten, so sieht es auch in anderen Textilgebieten aus. Aus der erzgebirgischen Posamentenindustrie, aus der vogtländischen Spitzenindustrie, aus der oberfränkischen und Augsburger Baumwollindustrie, aus Mühlhausen i. El., Markkirch, Kolmar und aus Baden ließe sich gleiches melden. Es ist unmöglich, das alles im Rahmen eines Zeitungsartikels im einzelnen auszuführen.

Was ist natürlicher, als daß diejenigen, die einigermaßen die Möglichkeit haben, versuchen, in anderen, besser gebenden Industrien unterzukommen. Leider ist das nur in beschränktem Umfang durchzuführen. Tausende weibliche Personen Augsburgs werden mit Ausbessern von Säcken durch die „städtische Arbeitslosenfürsorge“ beschäftigt. Die Arbeit geht vom Kriegsproviantamt aus und die Löhne sind angemessen. Der Sack wird mit 10 Pf. bezahlt. Die „Weberei am Mühlbach“ glaubte auch hiermit Bucher treiben zu können. Sie erhielt einen Auftrag von 100 000 Säcken und zahlte den Arbeiterinnen pro Sack 3½ Pf. 14½ Pf. flossen in ihre eigenen Kassen. 679 organisierte Berliner Textilarbeiter

arbeiten in der Metallindustrie und allen möglichen Gewerben. Ganze Eisenbahnzüge arbeitsloser Textilarbeiter des Erzgebirges sind zu Eisenbahn- und Erdarbeiten nach Lille, nach Belgien und anderwärts hingegangen. In den Magdeburger Munitionsfabriken, den chemischen Fabriken Deutschlands, in den Pulverfabriken, in Bergwerken und in Laboratorien, Tabak-, Zucker- und Schokoladenfabriken sind Textilarbeiter und -arbeiterinnen untergebracht aus Barmen, Chemnitz, Crimmitschau, Eisenach, Eibenstock, Gera, Glauchau, Greiz, Hof, Sudeswagen, Zahnsdorf, Kulmbach, Lahr in Baden, Limbach, Lugau, Leipzig, Mülau, Meerane, Mühlhausen im Elsaß, Sommerfeld, Spremberg usw. Die weitesten meisten Textilarbeiter und -arbeiterinnen sind leider nicht in der Lage, den Wohnort zu wechseln und andere Arbeit anzunehmen. Sie sind aus vielen Gründen gefesselt an die heimatische Scholle und sehen nun mit großer Sorge dem kommenden Winter entgegen. Die Unternehmer kommen leider vielfach ihrer Pflicht nicht nach, soweit in ihren Kräften steht, den Arbeitern Zuschüsse zum verdienten Lohn zu zahlen. In großen Bezirken gibt es keinen Pfennig. Man braucht sich nur in manchen Gegenden des Königreichs Sachsen umzusehen, und man findet das Gesagte bestätigt. Die Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln sind noch durchaus ungenügend. Ihre Sätze bewegen sich bis jetzt fast immer auf der Höhe der für normale Zeiten vorgesehenen Arbeitslosenunterstützung. Außer für das badische Oberland ist jetzt, zwei Monate nach Beginn der Produktions- und Verdiensteinschränkung, noch nirgends eine einheitliche Regelung erzielt. Alles ist noch immer im Werden. Wir enthalten uns deshalb eines Urteils und warten ab. Mögen Reich, Staat und Gemeinden den Ruf der Textilarbeiterschaft nach schleuniger und ausgiebiger Hilfe nicht ungehört verhallen lassen.

Hermann Jäckel, Mitglied des Reichstags, Berlin.

Die Fortführung der Mutterschaftsfürsorge.

Von Fr. Kleis.

Die Sozialdemokratie kämpft seit ihrem Bestehen für hinreichende Mutterschaftsfürsorge, zu der auch die unentgeltliche Geburtshilfe gehört. Immer, und noch zuletzt bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung, wurde diese Forderung mit dem Einwand abgelehnt, daß die entstehenden Kosten unerschwinglich seien. Da brach der Krieg aus. Man entdeckte nun plötzlich, wie wertvoll es namentlich auch in Hinblick auf die Zukunft ist, daß ein Volk zahlreiche Nachkommenschaft besitzt. So wurde aus den Nöten des Krieges, nicht aus ethischen Erwägungen die Reichswochenhilfe geboren. Durch drei Bundesratsverordnungen ist festgelegt worden, daß bestimmte Mindestsätze einer Wochenbeihilfe allen Wöchnerinnen zu gewähren sind, sofern diese selbst als Mitglied einer Krankenkasse angehören oder der Vater ihres Kindes Kriegsdienste leistet und dieser Krankenkassenmitglied war oder minderbemittelt ist. Die Wochenhilfe besteht in freier Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden, freier Geburtshilfe und unentgeltlicher Lieferung der nötigen Arzneien und Heilmittel oder in einer Varentschädigung für diese Leistungen in der Höhe von 10 und 25 Mk., ferner in einem Wochengeld von 7 Mk. pro Woche auf die Dauer von 8 Wochen und in einem Stillgeld von 3,50 Mk. pro Woche auf die Dauer von 12 Wochen. Wenn die Wöchnerin oder der Vater des Kindes einer Krankenkasse angehört, so wird die Wochenhilfe von dieser gewährt, andernfalls von den „Lieferungsverbänden“, die die Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer festsetzen. Sofern die Krankenkassen zu diesen Leistungen für die selbstversicherten Wöchnerinnen nicht ohnehin verpflichtet sind und sofern es sich um Kriegerfrauen handelt, erhalten sie die entstehenden Aufwendungen vom Reiche zurückerstattet; für die

Lieferungsverbände ist dies im vollen Umfang der Fall. Man schätzt die Ausgaben, die hierdurch jetzt dem Reiche erwachsen, auf rund 5 Millionen Mark monatlich.

Es muß natürlich alles daran gesetzt werden, damit dieser Ansaß zur Mutterschaftsfürsorge nach dem Kriege erhalten bleibt und weiterentwickelt wird. Sozialpolitisch gebildete bürgerliche Kreise stimmen dem zu. Man erkennt, daß die furchtbaren Verluste an Menschenleben auszugleichen sind, die der Krieg verursacht hat, daß Bedingungen geschaffen werden sollten, die einen lebensfähigen, gesunden Nachwuchs verbürgen. An der Sozialdemokratie wird es sein, diese Erkenntnis zu stärken und zu durchgreifenden Reformen zu treiben. Es erscheint hoffnungsvoll, daß sich gegenwärtig die Erörterung weniger darum dreht, ob die Fürsorge fortgeführt werden soll, sondern wie das zu geschehen hat.

Der Kabinettsrat v. Behr-Pinnow machte in der Zeitschrift für Säuglingschutz vom April 1915 zwei wichtige Vorschläge dazu. Erstens will er, daß die jetzigen freiwilligen Leistungen für Wöchnerinnen nach den §§ 196, 198 bis 200 der Reichsversicherungsordnung in Zwangsleistungen umgewandelt werden und daß den Krankenkassen gewisse andere freiwillige Leistungen gestattet sein sollen, zu denen das Reich einen Zuschuß zu gewähren hätte. Neue freiwillige Leistungen dieser Art wären: Unentgeltliche ärztliche Beratung bei der Pflege von Säuglingen und Kleinkindern, Gewährung von Stillgeld für die Dauer von 12 bis 26 Wochen und darüber hinaus, wenn die Entwöhnung in die Sommermonate fallen würde, Gewährung der ganzen Wochenhilfe auch an die nicht versicherten Ehefrauen der Mitglieder. Zweitens fordert Herr v. Behr-Pinnow durch Reichsgesetzgebung eine zwangsweise Mutterschaftsversicherung, der jede Frau vom Tage ihrer Eheschließung an beitreten müsse, soweit sie nicht bereits durch die Reichsversicherungsordnung in dieser Beziehung versichert sei. Die Dauer der Versicherung solle zehn Jahre betragen und nach Ablauf dieser Zeit freiwillig fortgesetzt werden können. Diese Vorschläge haben eine größere Bedeutung gewonnen, weil sie nicht mehr die Meinungsäußerung eines einzelnen sind. „Die deutsche Gesellschaft für Säuglingschutz“ hat ihnen in einer Versammlung im preußischen Abgeordnetenhaus beigegeben und will sie vertreten. Eine Erörterung der Vorschläge erscheint deshalb geboten.

Zunächst erhebt sich die Frage, wer die Träger der ausgestalteten Mutterschaftsfürsorge sein sollen, insbesondere der Mutterschaftsfürsorge für jene Wöchnerinnen, die einer Krankenkasse nicht angehören, und denen die Unterstützung doch auch erhalten bleiben soll. Die Umwandlung der gegenwärtig als „Mehrleistung“ in das Belieben der Krankenkassen gestellten Mutterschaftsfürsorge in Zwangsleistungen deckt sich mit Anträgen der Sozialdemokratie bei der letzten Beratung der Reichsversicherungsordnung. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um freie Hebammendienste und ärztliche Geburtshilfe; freie Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden; Schwangerschaftsunterstützung in der Höhe des Krankengeldes bis zur Gesamtdauer von 6 Wochen an arbeitsunfähige Schwangere; Stillgeld bis zur Höhe des halben Krankengeldes bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft. Aus den Kreisen der Krankenkassenverwaltungen wird Einspruch gegen eine solche Ausgestaltung der Reichsversicherungsordnung eingelegt. Graf v. Drosden zum Beispiel bezeichnet sie in der Zeitschrift „Ortskrankenkasse“ (1915, S. 242) als „weitere Sozialreform auf Kosten der Minderbemittelten“. Er hält zwar die Fortführung der gegenwärtigen Wochenhilfe für unerlässlich, meint aber, die Kosten hierfür seien nicht von den Kassenmitgliedern und ihren Arbeitgebern zu tragen, sondern von der Allgemeinheit, dem Reiche. Seiner Ansicht nach können die Krankenkassen auf die Dauer nicht einmal die Leistungen tragen, die sie nach den Bundesratsverordnungen den selbstversicherten Wöchnerinnen gewähren müssen, die nicht Kriegerfrauen

sind. Ohne Zuschüsse vom Reich könnten den Kassen neue Lasten nicht auferlegt werden. Graf v. Frankfurt a. M. meint in derselben Zeitschrift (1915, S. 409), daß durch die Umwandlung der fraglichen Mehrleistungen in Zwangsleistungen keine Kasse zusammenbrechen werde. Er verweist darauf, daß der Krieg mit dem Notgesetz die sofortige Erhöhung der Kassenbeiträge auf 4½ Prozent vom Lohn gebracht hat. Diese Maßregel ist früher oft als unmöglich hingestellt worden, jetzt aber hat man von einer großen Erregung nichts gemerkt, als die hohen Beiträge zum ersten Male abgeholt wurden. Graf denkt sich die Sache so, daß alle Krankenkassen jetzt schon nach Möglichkeit die Mehrleistungen für Mutterschutz einführen, bis sie dann die Gesetzgebung zu Zwangsleistungen erhebt. Dadurch würde seines Dafürhaltens der Staat moralisch gezwungen, weiter mitzuhelfen und Zuschüsse zu gewähren. (Schluß folgt.)

Aus der Bewegung.

Dank. Meine Verhaftung und meine vorläufige Entlassung aus der Untersuchungshaft haben in Deutschland und im Ausland die wärmsten Sympathiebezeugungen in so großer Zahl veranlaßt, daß es mir unmöglich ist, sie alle zu beantworten. Ich danke daher an dieser Stelle herzlichst den Genossinnen und Genossen,

Mara Zeitlin.

Der „Zentralwahlverein“ für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg hat den Jahresbericht für die Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1915 herausgegeben. Darin wird konstatiert, daß nur 15 Frauenversammlungen stattgefunden haben, daß die Abonnentenzahl der Parteipresse erheblich (12495) gesunken ist und daß sich auch die Zahl der Gemeindevertreter um 14 verringert hat. Das ist weiter nicht verwunderlich, denn unsere Propaganda vermag nicht mehr im alten Rahmen und im alten Maßstab ausgeübt zu werden. Tausende unserer Mitglieder sind zum Heere einberufen, und könnten sie plötzlich zurückkehren, sie würden eine große Zahl darben der Frauen und Kinder antreffen. Bis zum Schlusse des Geschäftsjahres waren nicht weniger als 7475 Genossen eingezogen. Die Mitgliederzahl betrug 30502, davon 8703 weibliche und 28799 männliche. Es ergibt sich leider ein tatsächlicher Verlust von 7240 Mitgliedern, wegen restierender Beiträge, Verzug, Tod und Austritt wurden allein 4829 Streichungen aus den Listen vorgenommen. Empfohlen wird überall die Hauskassierung in Anbetracht der damit erzielten guten Resultate. In den kleinen Ortsvereinen übt der Krieg seine schlimmste Wirkung aus. Die großen Ortsvereine sind der Schwierigkeiten leichter Herr geworden. Unter den 1700 Neuaufnahmen finden wir 478 weibliche, aus anderen Orten und Wahlkreisen sind noch 110 weibliche hinzugekommen. In dem größten Ortsverein Neuföllin wurden allein 222 weibliche Personen in die Partei aufgenommen, dagegen im zweitgrößten Verein Schöneberg (über 2000 Mitglieder) nur 8; in Charlottenburg 24 usw. So ähnlich liegen die Dinge auch bei der Abonnentenzahl der Presse. Schöneberg mit seinen 20000 sozialdemokratischen Reichstagswählerstimmen hatte nur 2280 Abonnenten des „Vorwärts“, 80 für die „Gleichheit“, Neuföllin weist 11666 „Vorwärts“-Abonnenten und 180 für die „Gleichheit“ nach, Charlottenburg 8680 und 83, Treptow 1864 und 34, Köpenick 950 und 10 usw. Diese Beispiele aus den größten Vororten Berlins zeigen deutlich, welch ungeheure Arbeit von uns noch zu leisten ist. Im Wahlkreis sind Abonnenten der Presse: 28185 des „Vorwärts“, 149 der „Märkischen Volksstimme“, 444 der „Brandenburger Zeitung“, 892 der „Neuen Zeit“, 441 der „Gleichheit“ und 4251 des „Wahren Jacob“. Damit vergleiche man die Mitgliederzahl oder gar — die Zahl der in den Gewerkschaften organisierten und hier wohnenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Kassenbestand beträgt rund 45000 Mk. Auf den Frauen ruht jetzt die Hauptarbeit. Sie sind berufen und verpflichtet, die Agitation im großen wie im kleinen zu betreiben und die Sache der Partei überall nach Kräften zu vertreten, namentlich dort, wo die Männer fehlen. Möge im laufenden Jahre die Parteibewegung mit diesen gewichtigen Kräften neue Erfolge erzielen. B. K.

Die Bezirksleitung Berlin-Oberschöneweide des sozialdemokratischen Kreiswahlvereins Niederbarnim wurde durch Beschwerden, die aus den Kreisen der Kriegerfrauen an die Frauensfunktionärinnen eingingen, veranlaßt, eine öffentliche unpolitische Versammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: „Rechte und Pflichten der Kriegerfrauen“. Referent war Genosse Schwarzburger. In der Versammlung wurden die Frauen auf ihre Unterstützungsberechtigung und die Höhe der Unterstützung aufmerksam gemacht, es kam aber auch die Tatsache zur Sprache, daß Hauswirte die getroffenen Abmachungen über Mietzinsnachlaß usw. nicht respektiert haben. Am Tage der Unterstützungsauszahlungen hatten die Genossinnen vor den Auszahllokalen die Versammlungseinladungen an die 3500 unterstützungsberechtigten Kriegerfrauen verteilt. Die Versammlung war von gegen 1800 Frauen besucht. Es wurden viele Fragen gestellt, und groß war der spätere Zulauf bei den Genossen, die sich bereit erklärt hatten, Anträge und Schriftsätze anzufertigen. Am nächsten Tag, den 2. Oktober, sind die Genossinnen wieder vor den Auszahllokalen an die Frauen herangetreten, und zwar in erster Linie an die, deren Männer vor dem 15. Juli eingezogen wurden. Sie haben unter diesen etwa 1000 Stüd eines Gesuchs um Erhöhung der Kriegsunterstützung verteilt, das in einem adressierten Umschlag steckt. Dieses Gesuch sollten die Frauen zu Hause ausfüllen, unterschreiben, frankieren und absenden. Der Erfolg ist abzuwarten. Wir rechnen aber ganz bestimmt, daß die Frauen und auch unsere Organisation Nutzen von dieser Betätigung haben werden. Wir werden natürlich die unter den heutigen Verhältnissen begonnene „unpolitische“ Aktion weiter verfolgen und auszugestalten bestrebt sein.

-Bu.-

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Zunahme der Frauenarbeit wird — wie die „Gleichheit“ schon gezeigt hat — durch den Krieg außergewöhnlich begünstigt. Infolge der Einberufung der männlichen Arbeitskräfte mußte durch Einstellung von Frauen sowohl in der Industrie, im Handel und öffentlichen Verkehrswesen wie auch in der Landwirtschaft Ersatz beschafft werden. Erleichtert wurde das Eindringen der Frauenarbeit in viele Industriezweige dadurch, daß man die Vorschriften der Arbeiterschutzesetzgebung zum Teil außer Kraft setzte. Die Gewerkschaftsorganisationen sind keineswegs grundsätzliche Gegner der Frauenarbeit, sie haben jedoch naturgemäß ein großes Interesse daran, daß die Frauenarbeit sich nicht unter Bedingungen ausdehnt, die sie zu einer Schmutzkonkurrentin der Männerarbeit machen. Denn worauf müßte das hinauslaufen? Darauf, daß die Arbeitsbedingungen der Männer verschlechtert werden würden. In manchen Gewerben ist deshalb genau abgegrenzt, was Männerarbeit und was Frauenarbeit ist. So auch im Buchbindergewerbe, in dem die Frauenarbeit eine große Rolle spielt. Da in Berlin ein großer Mangel an männlichen Arbeitskräften im Buchbindergewerbe fühlbar wurde, verlangten die Unternehmer in einer Tariffähung, daß für Frauen und Mädchen einige Arbeiten freigegeben würden, die bisher tariflich als Männerarbeit festgelegt waren. Die Gehilfenvertreter erklärten sich damit einverstanden, wenn eine Verständigung in der Lohnfrage erzielt würde. Schließlich kam die folgende Vereinbarung zustande: Arbeiterinnen können mit Männerarbeit beschäftigt werden, wenn Gehilfenmangel vorhanden ist und die Arbeiterorganisation diesen Mangel anerkennt. Die Arbeiterinnen sollen dann aber nach Möglichkeit die Altkordfäße der Gehilfen erhalten. Für den vorliegenden Fall wurde der Lohn für Berlin auf 44 Pf. in der Stunde, für Leipzig auf 40 Pf. und für Stuttgart auf 39 Pf. festgesetzt. Wahrscheinlich werden die Unternehmer auch in anderen Gewerben ein gleiches Verlangen stellen. Die Vereinbarungen im Buchbindergewerbe sind deshalb zu beachten. Den Gewerkschaftsorganisationen erwächst mit der Zunahme der Frauenarbeit in erhöhtem Maße die Pflicht, für die Organisation der Arbeiterinnen zu sorgen. Das stärkere Eindringen weiblicher Arbeitskräfte darf die tariflichen Positionen nicht gefährden. Die Agitationsarbeit unter den Arbeiterinnen darf nicht bis nach dem Kriege aufgeschoben werden, sondern muß sofort einsetzen.

Die Kriegsstatistik der gewerkschaftlichen Zentralverbände wird von der Generalkommission laufend fortgeführt. Die letzte dieser Erhebungen wurde Ende Juli vorgenommen, sie zeigt den Stand der Gewerkschaften nach Verlauf eines Kriegsjahres. Während diese kurz vor Ausbruch des Krieges rund 2½ Millionen Mitglieder zählten, musterten sie am 31. Juli dieses Jahres nur noch 1180 000. Beachtenswert ist, daß die Gewerkschaften selbst während der Kriegszeit ihre Werbekraft nicht völlig

eingebüßt haben. Es wird durch die Tatsache belegt, daß 243 897 neueingetretene Mitglieder zu verzeichnen sind. Der Metallarbeiterverband hatte allein rund 82 000 Neuaufnahmen, der Bauarbeiterverband über 23 000 und vier weitere Verbände gewannen über 10 000 bis 20 000 neue Mitglieder. Die Zahl der Eingezogenen hat während der Kriegsdauer ständig zugenommen. Bei der letzten statistischen Aufnahme waren über eine Million gleich 42 Prozent der Mitglieder zum Heeresdienst einberufen. Die Arbeitslosigkeit sank anhaltend, sie betrug am letzten Erhebungstag nur noch 2,6 Prozent. Allerdings ist sie in den einzelnen Organisationen sehr verschieden. Bei den Gutmachern zum Beispiel betrug sie noch 41,7 Prozent. Dieser enorm hohe Stand der Arbeitslosigkeit trifft hier im wesentlichen die weiblichen Mitglieder, die zu 82,5 Prozent beschäftigungslos waren. Die große Arbeitslosigkeit in der deutschen Gutindustrie erklärt sich daraus, daß sie starken Absatz im Ausland hatte. In elf Verbänden betrug die Arbeitslosigkeit weniger als 1 Prozent. Die Unterstützung der Arbeitslosen hat die Kassen der Zentralverbände stark belastet, wurden doch dafür in dem einen Kriegsjahr rund 21½ Millionen Mark verausgabt. Für die Familien der eingezogenen Mitglieder wendeten die Organisationen 10½ Millionen auf; für Unterstützungen aller Art wurden seit Beginn des Krieges bis zum 31. Juli dieses Jahres 30½ Millionen Mark ausbezahlt.

Infolge der Beschlagnahme der Rohstoffe der Textilindustrie ist in einzelnen Zweigen die Arbeitszeit gekürzt und der Verdienst stark herabgemindert worden. Es soll deshalb bekanntlich den arbeitslosen Textilarbeitern aus Reichsmitteln eine Unterstützung gewährt werden. Die Gemeinden haben die Verpflichtung, die Frage der Bedürftigkeit zu prüfen und die Unterstützung auszugeben. Für den oberbayerischen Amtsbezirk Lärach sind hierfür genaue Bestimmungen getroffen worden. Weil sie als erste dieser Art bekannt geworden sind, beanspruchen sie allgemeines Interesse. Die Fürsorge soll nicht nur bei völliger Arbeitslosigkeit eintreten, sondern auch dann, wenn der Arbeiter nicht mehr als vier Tage oder zusammen 40 Stunden in der Woche mit regelmäßigem Lohn gearbeitet hat. Die Unterstützung setzt sich aus Taggeldern und einem Wohnungsgeldzuschuß zusammen. Wohnungsgeldzuschuß erhält nur, wer einen eigenen Hausstand hat; er beträgt wöchentlich bis zu 2,40 Mk., und wenn die Familie aus mehr als vier Köpfen besteht bis zu 3,40 Mk. Als Tagesunterstützung wird gezahlt 1,20 Mk. für eine alleinstehende, über 17 Jahre alte Person oder für den arbeitslosen Haushaltungsvorstand einer aus mindestens zwei Köpfen bestehenden Familie 80 Pf., für eine arbeitslose Ehefrau 60 Pf., für die Ehefrau eines arbeitslosen Haushaltungsvorstandes und für jedes noch nicht erwerbsfähige Kind 30 Pf. Kranke haben keinen Anspruch auf Unterstützung.

Verschiedene Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften konnten im Laufe der Zeit wieder in alter Weise durchgeführt werden. Die durch den Krieg bewirkte Schwächung der Unterstützungsfähigkeit nahm nach und nach ein Ende, da die Gewerkschaften sich trotz der täglich stärker werdenden Einberufung von Mitgliedern zum Heeresdienst finanziell kräftigten. So hat zum Beispiel der Bauarbeiterverband seine Unterstützungen wieder erweitern können. Für die Familien eingezogener Mitglieder ist dabei besonders wichtig, daß der Verband beschlossen hat, ihnen zu Weihnachten nochmals eine Unterstützung zukommen zu lassen. Wir machen an dieser Stelle besonders auf den Beschluß aufmerksam, damit sich die Frauen mit ihren Anträgen an die örtlichen Verwaltungsstellen wenden. Der Verband hat während des Krieges dreimal Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer ausbezahlt, sie hat ihn bereits 338 000 Mk. gekostet. Für die in Aussicht genommene vierte Auszahlung werden 1½ Millionen Mark in Voranschlag gebracht.

Beim Erlass neuer Unfallverhütungsvorschriften sollen nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung auch Arbeitervertreter zu den Sitzungen der Berufsgenossenschaften hinzugezogen werden. Soweit bekannt, ist von dieser Bestimmung bisher in keinem Gewerbe Gebrauch gemacht worden außer in dem Buchbindergewerbe. Hier bot sich jetzt die erste Gelegenheit, als in einer erweiterten Vorstandssitzung der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft eine Vorlage für Unfallverhütungsvorschriften unterbreitet wurde. An dieser Sitzung nahmen 13 Arbeitervertreter teil, die durch ihre aus der Praxis geschöpften Erfahrungen auf manche Mängel im Arbeiterschutz hinweisen konnten. Ein Vertreter des Reichsversicherungsamtes erkannte denn auch die Verächtlichkeit ihrer Kritik an und empfahl sie der dringenden Beachtung durch den Vorstand der Genossenschaft.

Der Glasarbeiterverband konnte am 1. Oktober 1915 auf eine fünfundzwanzigjährige Tätigkeit zurückblicken. Aus seiner

Geschichte ist besonders interessant, daß gleich bei der Gründung einer der größten Glasindustriellen, Herr Geys, durch einen Anschlag an sein Fabrikator jeden mit sofortiger Entlassung bedrohte, der sich der Organisation anschließen würde. Trotz dieser Bekanntmachung streikten im Jahre 1900 die Arbeiter bei diesem Herrn, und der Ausstand erfaßte alle übrigen Betriebe der Flaschenfabrikation, so daß über 4000 Glasarbeiter mit gekreuzten Armen im Kampfe standen. Für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hat der Glasarbeiterverband insbesondere auch dadurch gewirkt, daß er einen energischen Kampf gegen die Sonntagsarbeit führte, die bis zum Jahre 1900 in dieser Industrie in höchster Blüte stand. Petitionen der Arbeiterorganisation und Gegenpetitionen der Industriellen wechselten miteinander ab. Wenn die Sonntagsarbeit in der Glasindustrie heute aufgehoben ist, so ist das eine Errungenschaft des Verbandes. Dieser hat während seiner fünfundsiebenzigjährigen Tätigkeit mit einer besonders kapitalkräftigen Industrie zu rechnen gehabt, wurde aber auch von den Behörden sehr unsanftiglich behandelt. Es erhellt das am besten aus der Tatsache, daß der Redakteur des Fachblattes insgesamt mit 2½ Jahren Gefängnis und mit über 1000 Mk. Geldstrafe bedacht worden ist, für den Leiter eines Gewerkschaftsorgans eine sehr hohe Straffumme. #

Erfolgreiche Lohnbewegung organisierter Zigarettenarbeiterinnen in Genf. Die vom Arbeitersekretär Genosse Nicolet organisierten Zigarettenarbeiterinnen in Genf haben mit einer dortigen Firma einen am 15. August in Kraft getretenen Tarifvertrag abgeschlossen, der für die ersten fünf Wochentage die neun- und für den Samstag die achtfundzwanzigstündige Arbeitszeit festsetzt und eine tägliche Lohnerhöhung von 72 Centimes bringt, was für die 80 Arbeiterinnen 4000 Stunden Arbeitszeitverkürzung und 16 000 Franken Lohnerhöhung jährlich ausmacht. Genosse Nicolet bemerkt in seinem darüber in der Arbeiterpresse veröffentlichten Bericht dazu: „Dieses erfreuliche Resultat gibt der Arbeiterin die Hoffnung, eines Tages aus ihrer elenden Lage herauszukommen. Man macht den organisierten Arbeiterinnen den Vorwurf, daß sie Sozialistinnen seien. Ja, sie sind es mit Feuer, denn sie fühlen, daß ihnen nur von dieser Seite die definitive Freiheit kommen wird.“ Der schöne und ermutigende Erfolg der Genfer Proletarierinnen zeigt neuerdings, daß es etwas nützt, wenn man organisiert ist, wenn man sich rührt, solidarisch und zielbewußt ist. Z.

Genossenschaftliche Rundschau.

In den ersten Oktobertagen hat in Hamburg eine Versammlung stattgefunden, zu der vom Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine über 170 Personen als Vertreter deutscher Konsumvereine aus allen Bezirken des Reiches geladen und erschienen waren. Außerdem hatten auch der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen, die Reichsgetreidestelle und das Reichsamt des Innern auf Einladung hin Vertreter geschickt. Die Verhandlungen dauerten zwei Tage. Man beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Frage der Volksernährung. Die „Konsumgenossenschaftliche Korrespondenz“ berichtet über das Ergebnis dieser Tagung zusammenfassend folgendermaßen: „Der Verhandlungen ergaben eine Fülle von wertvollem Material, das den zuständigen Reichsbehörden nicht nur durch die anwesenden Vertreter, sondern auch durch ein stenographisches Protokoll zugänglich gemacht werden wird. Sie führten auch weiter zu einer ganzen Reihe von positiven Vorschlägen und Forderungen für die künftige Regelung der Volksernährung. Es wurde anerkannt, daß durch die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung, vor allem durch die Verordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl, bei allen unvermeidlichen Mängeln doch viel Gutes geschaffen sei, und es wurde mit Nachdruck betont, daß man ein ähnliches energisches Eingreifen auch auf anderen Gebieten nur wünschen könne. Bei der Beratung der Einzelfragen wurden ebenfalls viele wertvolle Anregungen gegeben und auf alle in der Praxis hervorgetretenen Mängel aufmerksam gemacht.“ — In der sozialdemokratischen Presse sind bekanntlich die Maßnahmen der Reichsregierung weniger günstig beurteilt worden, als es hier geschieht. Besonders die über Versorgung mit Brotgetreide und Mehl haben mit Recht wegen der hohen Höchstpreise scharfen Widerspruch erfahren. Und wir wissen, daß in den Verwaltungen großer Konsumvereine die Maßnahmen der Regierung durchaus anders und viel pessimistischer beurteilt werden, als es in der Würdigung dieser Konferenz geschieht. Der Preiswucher ist von der Regierung bei weitem nicht energig genug bekämpft und verhindert worden. Verge von lebhaften Beschwerden darüber liegen bei den Behörden.

Weiter wird in dem ganz allgemein gehaltenen Bericht der „Konsumgenossenschaftlichen Korrespondenz“ gesagt: „Die Genossenschaftler

unterhielten sich dann über die hochwichtige Frage, welche Maßnahmen erforderlich seien, um die Kriegswirtschaft möglichst einfach in die Friedenswirtschaft überzuleiten, und berieten ferner innere Genossenschaftsangelegenheiten, welche die Feststellung der Wirkungen des Krieges auf die Konsumvereine zum Gegenstand hatten. Man darf wohl der Erwartung Ausdruck geben, daß diese, wie von Regierungsseite ausdrücklich betont wurde, von hervorragender Sachkenntnis geleiteten Beratungen dazu beitragen werden, der Regierung die Aufgabe zu erleichtern, in der Folgezeit die Volksernährung in geregelte Bahnen zu leiten und vor allem dazu beizutragen, daß die Preisgestaltung in einer Weise erfolgt, die auch den weiten Kreisen der Minderbemittelten die Beschaffung alles dessen möglich macht, was zu des Leibes Nahrung und Notdurft gehört.“ Man wird abzuwarten haben, was mit diesen wenig substantiierten Bemerkungen eigentlich gemeint ist. Von der Art „Kriegssozialismus“, wie er auf dem Gebiet der Nahrungsmittelversorgung in die Erscheinung trat, haben die Konsumvereine und die Konsumenten gerade genug.

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz, dem Umsatz nach der größte des Zentralverbandes, berichtet über sein 81. Geschäftsjahr. Die Mitgliederzahl stieg im Kriegsjahr mehr denn sonst, und zwar von 57805 auf 62184 am 15. Juni 1915. Der Umsatz ist trotzdem und trotz der stark gestiegenen Preise zurückgegangen, nämlich von rund 27 182 000 auf 25 358 000 Mark. Das ist eine Erscheinung, die bisher in allen Konsumvereinen beobachtet wurde. Sie ist auch sehr erklärlich. Die neuen Mitglieder haben zum großen Teil nicht das ganze Jahr, sondern vielfach nur erst kurze Zeit Waren entnommen; im übrigen sehen die im Felde stehenden Massen als Warenverbraucher. Hinzu kommt, daß die hohen Warenpreise eine starke Einschränkung des Verbrauchs zur Folge haben müssen. Der Verein hat große Mälererei, Bäckerei und Fleischeri, sowie einige andere kleinere Eigenbetriebe. Er beschäftigte 1595 Personen, an Lohn und Gehalt wurden über 2,5 Millionen Mark gezahlt. Der Reingewinn beträgt 2204 000 Mark. Die Mitglieder erhalten wie bisher 10 Prozent des Betrags der entnommenen Waren zurückvergütet.

Der Konsumverein in Basel, der bedeutendste der Schweiz, besteht jetzt 50 Jahre. Der erste Geschäftsbericht zählt 555 Mitglieder und 4 Verkaufsstellen. Jetzt gehören ihm circa 87 000 Mitglieder an, er umfaßt beinahe sämtliche Haushalte der Stadt und des Kantons Basel. Der Verein hat stark ausgebaut die Eigenproduktion und beherrscht in seinem Gebiet besonders den Milchhandel. Er beschäftigt 1123 Personen und hat 119 Verkaufsstellen. Der Umsatz betrug im letzten Geschäftsjahr rund 28,5 Millionen Franken.

In England ist ein neuer Genossenschaftsbund von Einzelpersonen gegründet worden, der die Förderung genossenschaftlicher Tätigkeit bezweckt. Sein Streben geht in erster Linie auf Stärkung der genossenschaftlichen Produktion. Zu diesem Zweck will man den Ankauf großer Landstrecken im Jutland, in Kanada, Argentinien, Indien und überall dort fördern, wo dies zweckmäßig ist für die Produktion von Vieh, Weizen, sonstiger Brotfrüchte, Tee oder anderer Bedarfsartikel. Der Bund will Schritt für Schritt die genossenschaftliche Bebauung der angekauften Ländereien anstreben. Es soll der Ankauf von Kohlenbergwerken durch Genossenschaftsorganisation angestrebt werden, wo immer sich dazu Gelegenheit bietet. Für diese Ziele will der Bund in den Vereinsversammlungen, den Verbandstreffen und überall dort, wo sich Gelegenheit bietet, Propaganda machen. Im Schoße jedes Konsumvereins sollen sich Mitgliedergruppen des neuen Bundes bilden. Diese Gruppen sind zusammenzuschließen durch das Band eines Landesverbandes. So wird in dem weitläufigen Programm gesagt. Vor seiner Verwirklichung dürfte wohl noch geraume Zeit vergehen.

In Norwegen haben Genossenschaften und Gewerkschaften eine Vereinbarung für gemeinschaftliches Zusammenarbeiten getroffen. Man stellte dafür folgende Grundsätze auf: Die Zusammenarbeit wird gelebt in Abstimmung mit den Beschlüssen der verschiedenen Organisationen und mit der Hauptaufgabe, alle Konsumenten in der Genossenschaftsbewegung zu sammeln, und zwar im Anschluß an den norwegischen Genossenschaftsbund. Zur planmäßigen Regelung der gemeinsamen Arbeit bei größeren Agitationsreisen usw. ist je ein Mitglied jeder Organisation zu wählen. Die Gewählten sollen, soweit möglich, zusammenwirken bezüglich der Abhaltung der einzelnen Vorträge. Die Kosten der gemeinsamen Arbeit sind auf die einzelnen Organisationen zu verteilen. Voraussetzung ist, daß die Agitationsmittel der einen Organisation auch zur Verfügung der anderen stehen, und daß der norwegische Genossenschaftsbund eine angemessene Summe an den norwegischen Frauengenossenschaftsbund für Agitation bewilligt, jedoch nach einem vom norwegischen Genossenschaftsbund anerkannten Plan. Ein Rechenschaftsbericht über die gemeinsame Arbeit ist dem

Vorstand des norwegischen Genossenschaftsbundes und der alljährlichen Delegiertenversammlung vorzulegen. Die praktische gemeinsame Arbeit soll sich beziehen auf: „Das Verhältnis des Genossenschaftsbundes zu Betrieben, die in Differenzen mit den Arbeitern stehen oder zu kommen drohen. Die Stellung der Genossenschaftsbewegung während gewerblicher Lohnkämpfe. Die Stellung der Gewerkschaften Betrieben gegenüber, die durch Boykott die Genossenschaftsentwicklung verhindern wollen. Gemeinsame Agitation für den Anschluß an die Genossenschaftsbewegung.“

Zu Ende des Jahres 1914 gab es im Vereinigten Königreich Großbritannien 1524 Konsum- und Produktivvereine mit insgesamt 8096314 Mitgliedern und einem Kapital von 84,8 Millionen Pfund Sterling. Der Umsatz betrug im letzten Jahre 184,8 Millionen, der Gewinn 15,1 Millionen Pfund Sterling. Insgesamt beschäftigen diese Genossenschaften 144974 Angestellte und Arbeiter, die alljährlich 8,8 Millionen Pfund Sterling an Löhnen erhalten. H. F.

Notizenteil.

Genossin Jettin aus der Untersuchungshaft entlassen. Der erste Strafsenat des Reichsgerichts hat die Haftbeschwerde des Verteidigers der Genossin Jettin abgewiesen, aber dem Eventualantrag auf Entlassung aus der Untersuchungshaft stattgegeben. Allerdings gegen eine Kaution von zehntausend Mark. In der Begründung des Beschlusses heißt es, daß der Verdacht der Flucht „nach den persönlichen Verhältnissen der Angeeschuldigten nicht als ausgeschlossen zu erachten“ sei.

Genosse Westmeyer verhaftet. Am 4. Oktober wurde Genosse Westmeyer in Karlsruhe verhaftet und ist bisher nicht wieder freigelassen worden. Am selben Tag fanden eine Reihe Hausdurchsuchungen und Vernehmungen in Stuttgart statt. Gesucht wurde immer noch, allerdings vergeblich, nach dem Flugblatt der internationalen Frauenkonferenz an die arbeitenden Frauen.

Aus der Haft entlassen wurden in Berlin die Genossen Redakteur Dr. Meyer, Buchdrucker Wiegand und Zeichner Eberlein. Die Umstände ihrer Verhaftung haben wir in letzter Nummer mitgeteilt.

Genosse Weithner, Redakteur am Gothaischen Volksblatt, war seinerzeit wegen angeblicher Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Bereits hatte er zwei Monate verbüßt, als der militärische Befehl ihn das Gefängnis öffnen ließ. Dem Landsturmmilitär Weithner ist nun der Rest der Strafe erlassen worden.

Für den Frieden.

Die sozialdemokratische Friedenskundgebung in der Schweiz, die an einem Sonntag in allen Teilen des Landes stattgefunden hat, nahm einen imposanten Verlauf und bewies neuerdings die in den Massen des lohnarbeitenden Volkes brennende Sehnsucht nach Wiederherstellung des Friedens. Da in den kriegführenden Ländern die Friedenspropaganda trotz des „Burgfriedens“ verpönt ist, müssen die proletarischen Friedensfreunde in den neutralen Ländern, und vor allem in der Schweiz, nach dem Ende der Menschenvernichtung und Kulturzerstörung, nach einer Verständigung der Regierungen über Waffenstillstand und Friedensschluß rufen. Genug des blutigen Spiels! Wären die Menschen schweigen, müßten die Steine reden! Die schweizerische Sozialdemokratie erfüllt mit ihrer umfassenden Friedenspropaganda eine große geschichtliche Mission. Unter dem Kriegslärm und Schlachtengetöse gibt sie der Friedensforderung immer wieder Ausdruck. Die 70 Friedensversammlungen waren nach den vorliegenden Berichten mit wenigen Ausnahmen gut besucht, namentlich auch von Frauen und Jugendlichen, die ebenfalls Referentinnen und Redner gestellt hatten. In allen Versammlungen wurde eine von den Organisationen ausgearbeitete Resolution angenommen. Zur Aufklärung der lohnarbeitenden Volksmassen stellt sie die wahren Ursachen des Krieges fest und charakterisiert kurz dessen bisherigen Verlauf. Sie protestiert gegen die Fortsetzung des Krieges und fordert die Bruderparteien aller Länder auf, sich dem Vorgehen anzuschließen. Den Sozialdemokraten, die das bereits getan haben, wird Dank und Sympathie bezeugt, desgleichen der sozialistischen Frauen- und Jugendinternationale. Zum Schluß ruft die Resolution zur Wiederverbündung der Proletarier aller Länder auf: „Gemeinsamer Kampf für politische und soziale Befreiung! Doch die neue Internationale des Proletariats!“ Mehrfach ist in den Versammlungen für den „Liebesfriedensfonds“ gesammelt worden, der zur Förderung der sozialistischen Jugendorganisation in den verschiedenen Ländern verwendet und vom Internationalen Jugend-

bureau in Zürich verwaltet wird. Die Losung der schweizerischen Sozialdemokratie lautet ungeschwächt: Für den Frieden! d.

Die sozialistische Partei Argentiniens und die Internationale. Ein außerordentlicher Parteitag der argentinischen Sozialdemokratie hat vom 9. bis 11. Juli in Buenos Aires getagt. Er beschäftigte sich mit einigen internen Angelegenheiten, der Stellung zur Präsidentenwahl und den Beziehungen zur Internationale. Nach kurzer Debatte wurden zu letzterem Punkte zwei Beschlüsse gefaßt. Der eine ermächtigt die Parteileitung, die internationalen Kongresse zu beschicken, die sich zur Aufgabe stellen, über die Wiederherstellung der Internationale zu beraten; der zweite betrifft die Annäherung zwischen den Proletariaten Amerikas. Für das nächste Jahr sei ein Kongreß der gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Organisationen Amerikas einzuberufen. Diesem Kongreß soll der Vorschlag unterbreitet werden, ein internationales Bureau zu schaffen zur Informierung und Leitung der Arbeiterbewegung in allen Ländern des amerikanischen Kontinents.

Die französischen Lehrer und der Frieden. In Frankreich sind die Volksschullehrer freigewerkschaftlich organisiert. Ihr Verband hat jene Resolution der Minderheit mit unterzeichnet, die auf der Konferenz des Allgemeinen Arbeiterbundes (C. G. F.) vom 15. August von Merxheim und Vorderon eingebracht wurde und nicht weniger als 27 Gewerkschaftsorganisationen auf sich vereinigte, darunter die von Städten wie Lyon, Marseilles, Limoges. Die Resolution forderte die sofortige Erörterung der Friedensbedingungen und die Kündigung des Burgfriedens. Schon im Mai hatte sich im Lehrerverband, der circa 8000 Mitglieder zählt, eine Bewegung geltend gemacht zugunsten einer Änderung in der bisherigen Haltung der offiziellen Sozialisten und Syndikalisten. Das Lehrersyndikat des Departements Charente hatte sich an alle übrigen Syndikate und Sektionen mit einem Manifest gewandt, das zwar den Verteidigern Frankreichs und Belgiens hohes Lob zollte, am Schluß aber in den Ruf ausbrach: Genug des vergossenen Blutes. Die Leitung des Lehrersyndikats nahm daraufhin eine Resolution an, die sich gegen das erwähnte Manifest und für das weitere Durchhalten aussprach. Nun wurde zur Schlichtung der Streitigkeiten eine Konferenz auf den 14. August einberufen. Hier zeigte sich die auffallende Erscheinung, daß zwar die Pariser Delegierten für die Verbandsleitung und das Durchhalten waren, sämtliche Provinzdelegierten sich aber für den Antrag des Syndikats Charente erklärten. Nach heftigen Debatten unterlagen die Pariser Delegierten, worauf einstimmig eine Kompromißresolution angenommen wurde. Sie geht von der Erwägung aus, daß die Völker trotz der Gemeinsamkeit ihrer Interessen in den Krieg hineingezogen worden sind, daß dieser Krieg jetzt und in Zukunft das Unglück der Völker ist, daß die Aufgabe aller wahren Freunde der Völker darin besteht, ihm möglichst rasch ein Ende zu bereiten. Sie sieht seine Ursachen in der mangelnden Verständigung zwischen den Volksmassen, die dem wachsenden kapitalistischen Appetit nicht entgegenzuwirken vermochten und ihr Schicksal mehr oder weniger eigennützigen Vertretern auslieferten. Der Zusammenschluß der Massen und die Wiederherstellung der Internationale sei als geeignetes Mittel zu betrachten, die Interessen der Völker zu wahren. Aus diesen Erwägungen heraus hatte die Konferenz ihre Delegierten zum Kongreß des Allgemeinen Arbeiterbundes beauftragt, die unverzügliche Verständigung mit den Arbeiterorganisationen der kriegführenden und neutralen Länder zu fordern, um einen Frieden herbeizuführen, der die Rechte des Proletariats sichert. Die Konferenz forderte auch alle zur sozialistischen Partei gehörigen Gewerkschaftsmitglieder auf, in ihren Reihen eine aktive Propaganda zu entfalten, um die sozialistische Partei Frankreichs zu veranlassen, die obigen Richtlinien zu befolgen. Auch die Redaktionen der Sozialisten- und Arbeiterblätter sollen in dieser Richtung wirken und lieber die Spalten ihrer Zeitungen ungedruckt lassen, als den Forderungen der Behörden Folge leisten. Auf dem Kongreß des Arbeiterbundes hat der Lehrerverband seine gemäßigte Kompromißresolution zugunsten der schärferen Resolution Merxheim zurückgezogen. Die Resolution Merxheim unter-

lag mit 21 gegen 87 Stimmen. Anwesend waren aber 169 Delegierte, so daß die Mehrheit in Wirklichkeit nur wenig über die Hälfte der Anwesenden betrug.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Eine Sympathieundgebung der sozialistischen Frauen aller Länder zu Keir Hardies Tod hat Genossin Zettin als Internationale Sekretärin der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ und der „Liga der Arbeiterfrauen für Großbritannien“ zugeschiedt. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die sozialistischen Frauen aller Länder nehmen tiefempfundene Anteil an dem schweren Verlust, der euch durch Keir Hardies Tod getroffen hat. Dieser Verlust muß in den dunklen Zeiten des Weltkriegs besonders schmerzhaft von allen Sozialisten gefühlt werden, die die verantwortungsreichen Aufgaben der historischen Stunde klar erkennen, Aufgaben, an deren treue Erfüllung seine Kraft bis zum letzten Hauch gesetzt zu haben Keir Hardies größter Ehrentitel vor der Geschichte bleiben wird.

Die sozialistischen Frauen gedenken mit Stolz und Dankbarkeit des aufrechten, unerschrockenen Kämpfers, der, unbeirrt durch die Stimmungen und Wirrungen des Tages, das sozialistische Banner des Friedens, der Freundschaft der Völker, der Menschheitsverbündung festgehalten und vorangetragen hat.

Sie gedenken mit nicht geringerer Dankbarkeit des Führers und Freundes, der jederzeit mit Wort und Tat gestritten hat für die soziale und rechtliche Gleichstellung der Geschlechter, für die volle menschliche Befreiung des Weibes, wie sie der Sozialismus allein zu verbürgen vermag.

Eure Trauer um Keir Hardie ist unsere Trauer. Euer Schwur, in seinem Geiste weiter zu wirken und zu kämpfen, ist unser aller Gelübnis. Wir grüßen in dem Toten und seinem Werke die Zukunft, das unsterbliche geschichtliche Leben der sozialistischen Internationale.

Von der sozialistischen Frauenbewegung in den Vereinigten Staaten. Der Kampf, der gegenwärtig in vier Staaten der Union für die Einführung des Frauenwahlrechts geführt wird, fordert selbstverständlich in hohem Maße die Energie und Hingabe auch der Genossinnen ein. Diese beteiligen sich an ihm aus einem zweiseitigen Grunde. Sie würdigen die grundsätzliche und praktische Bedeutung des Frauenwahlrechts, und sie wollen die Gelegenheit nützen, um die sozialistischen Lehren in die breitesten Massen zu tragen. Der Mittelpunkt ihrer Kampagne ist die Stadt New York. Hier ist ein Sozialistisches Frauenwahlrechtskomitee gegründet worden, das die Agitation planmäßig vorbereitet und durchführen hilft, namentlich auch durch Vermittlung rednerischer Kräfte und der nötigen Flugblatt- und Broschürenliteratur. Viele der besten Rednerinnen und Redner der sozialistischen Partei haben sich dem Komitee für die Straßendemonstrationen und die Abendveranstaltungen in geschlossenen Lokalen zur Verfügung gestellt. Zunächst ist die Stadt New York bearbeitet worden, dann der ganze Staat, hierauf New Jersey und auch Pennsylvania. Es haben in der Stadt New York allein in mancher Woche gegen 25 bis 30 Meetings in den Straßen und auf Plätzen stattgefunden, in den ersten Monaten der Kampagne alles in allem rund 500. Für September und Oktober sollte die wöchentliche Durchschnittszahl bis auf 40 gesteigert werden. Die verteilten Flugblätter, Zeitungssammlungen, Broschüren gingen in die Hunderttausende. Als Rednerinnen sind besonders die Genossinnen Holman, Newman, Kriger und MacDonald tätig; die letztere wirkt im besonderen Auftrag der deutschsprachigen Genossinnen auch unter der Deutsch redenden Bevölkerung. Unsere Genossinnen sind fest davon überzeugt, daß ihre Wahlrechtskampagne von sehr großem Einfluß auf die Zahl der Stimmen sein wird, die für die politische Gleichberechtigung der Frauen fallen werden, und daß sie gleichzeitig das Heer derer gewaltig vermehren muß, die sich zum Sozialismus bekennen.

Frauenstimmrecht.

Die Entscheidung über die Einführung des politischen Frauenwahlrechts in vier Staaten der nordamerikanischen Union wird in diesen Tagen fallen. In New York, New Jersey, Pennsylvania und Massachusetts hat das Volk durch Abstimmung den Ausschlag über ein Verfassungsamendement zugunsten des Frauenwahlrechts zu geben, das von den gesetzgebenden Körperschaften der genannten Staaten bereits zweimal angenommen worden ist. Wenn das Referendum dem Frauenwahlrecht günstig ist, so tritt dieses sofort in Kraft. Die Volksabstimmung erfolgt in New Jersey am 19. Oktober, in den anderen Staaten am 2. November. Die frauenrechtlichen Organisationen wie die So-

zialisten haben seit Monaten eine außerordentlich energische Agitation für das politische Recht des weiblichen Geschlechts entfaltet. Überall sind Plakate angebracht, die das Frauenwahlrecht fordern; überall in den Straßen und auf den öffentlichen Plätzen wirken Rednerinnen und Redner dafür. Flugblätter und Broschüren werden in Massen verteilt, die Zeitungen bringen Artikel und Notizen für die Neuerung, bekannte Persönlichkeiten, wichtige Körperschaften werden veranlaßt, zur Frage des Frauenwahlrechts Stellung zu nehmen.

Trotz der geradezu fieberhaften Tätigkeit für das Recht des weiblichen Geschlechts ist der Erfolg noch ungewiß. Am aussichtsreichsten scheint die Abstimmung im Staate Massachusetts zu sein, wo seit fünfzehn Jahren eifrig für das Frauenwahlrecht gearbeitet worden ist. Dem Sieg des Frauenwahlrechts stemmen sich auch in der großen amerikanischen Republik, und gerade in den Oststaaten, die alten bekannten Vorurteile gegen die politische Betätigung des weiblichen Geschlechts entgegen. Eine große Rolle spielt ferner die Furcht, die Frauen würden das Wahlrecht vor allem brauchen, um das gesetzliche Verbot jeden Alkoholverkaufs herbeizuführen. Die Brauer gelten daher als die erbittertesten Feinde der Frauenwahlrechtsbewegung; wie es heißt, unterhalten sie mit ihren reichen Mitteln die Vereine der Frauenwahlrechtsgegner. Auch die Brauereiarbeiter wollen vom Frauenwahlrecht nichts wissen, sie erklären: „Mein Brotfeind ist mein Todfeind.“ Die Deutschamerikaner der vier Staaten sollen ganz überwiegend scharfe Gegner des Frauenwahlrechts sein. Teils aus „Grundsatz“, teils weil ihr politisches Denken innig am Vierseidel hängt. Bis jetzt fehlt jedoch der sichere Nachweis, daß ein fester Zusammenhang zwischen Frauenwahlrecht und gesetzlichem Verbot des Alkoholverkaufs besteht. Es gibt Staaten, die, wie Georgia, das entsprechende Gesetz, aber kein Frauenwahlrecht haben; im Staate Kalifornien besteht das Frauenwahlrecht, aber das Anti-Alkoholgesetz wurde abgelehnt. Der Ausfall der Volksabstimmung in New Jersey dürfte von Einfluß auf das Ergebnis in den drei anderen Staaten sein. In New Jersey wird auch Wilson abstimmen, der Präsident der Vereinigten Staaten. Wie es hieß, wollte er sich vor der Abstimmung öffentlich zugunsten des Frauenwahlrechts aussprechen. Seine Stellungnahme würde von erheblicher Wichtigkeit für das Abstimmungsergebnis sein, weil Wilson großes Ansehen erworben hat. Seinem Beispiel würden viele folgen. Die Kämpferinnen für das Frauenwahlrecht sehen der Entscheidung mit fieberhafter Ungeduld in der Überzeugung entgegen, daß ihre opferfreudige agitatorische Niesenarbeit auf keinen Fall verlorene Liebesmühe sein wird. Sollte die Reform des Wahlrechts noch einmal abgelehnt werden, so würde es heißen: aufgehoben, nicht aufgehoben.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Frauen als Friedensrichterinnen in England. Der Krieg hat bewirkt, daß in England eine große Anzahl Frauen mit dem Amte des Friedensrichters betraut worden sind, das dem weiblichen Geschlecht bis dahin vorenthalten war. Auch zu diesem Fortschritt hat der Mangel an Männern den letzten entscheidenden Anstoß gegeben, denn gerade die englischen Frauen haben seit langem bewiesen, daß sie „reif“ sind, öffentliche Vertrauensämter zu verwalteten. In Australien, der großbritannischen Kolonie, wirken übrigens schon seit Jahren Frauen als Friedensrichterinnen.

Eine Gewerkschaftsführerin als Mitglied des Industriarats für den Staat New York. Der Gouverneur des Staates New York hat Genossin Melinda Scott als Mitglied der genannten Behörde berufen. Es ist zum erstenmal, daß eine Frau darin mitarbeiten wird. Für die Berufung sind sachliche und persönliche Gründe maßgebend gewesen. Sachliche, denn man sagte sich, daß die berufstätigen Frauen durch eine Frau in einer Behörde vertreten sein müßten, die bei den Arbeitsbedingungen der zahlreichen Arbeiterinnen im Staate manch entscheidendes Wort zu sprechen hat. Persönliche: unsere Genossin besitzt in hohem Maße die Eigenschaften, die eine treffliche Amtsführung verbürgen. Melinda Scott ist Vorsitzende des New Yorker Zweigs der Liga der Frauengewerkschaften. Sie ist selbst aus der Arbeiterklasse hervorgegangen, hat sich zu einer führenden Gewerkschaftsorganisatorin emporgearbeitet, kämpft für das Frauenwahlrecht und besitzt ein ebenso tiefes Verständnis für die Bedürfnisse ihrer Klasse wie ihres Geschlechts. Ihre Ernennung ist von den gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeitern, den Sozialisten und Frauenrechtskämpferinnen mit großer Genugtuung begrüßt worden.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Zettin (Bundel), Wilhelmshöhe, Post Ziegelhof bei Stuttgart.
Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G.m. b. H. in Stuttgart.